

6./I. 1917

108

Freie oder sozialistische Volkswirtschaft nach dem Kriege?

Von Gustav Schmoller.

Berlin, 2. Januar.

So fragt heute der volkswirtschaftliche Laie und der schablonenhaft denkende Politiker; der praktische und wissenschaftliche Sachkenner weiß, daß wir uns seit einem starken Menschenalter in der Bildung eines Kompromisses zwischen diesen beiden abstrakten Begriffen oder Tendenzen befinden, daß die Kriegsnotwendigkeiten naturgemäß zentralistisch und sozialistisch wirkten; er verhehlt sich aber auch nicht, daß im Frieden vieles, was der Krieg an sozialistischen Organisationen brachte, wieder verschwinden oder zurücktreten wird. Er besinnt sich nur, wie etwa das neue Kompromiß zwischen den zwei großen, stets neben- und gegeneinander wirkenden volkswirtschaftlichen und politi-

schen Prinzipien sich unter den Nachwirkungen des Krieges und aller sonstigen heute mitwirkenden Ursachen gestalten wird. Er wird sich zugleich sagen, daß unsere Feinde den Wirtschaftskrieg auch fortsetzen wollen, wenn der militärische Frieden geschlossen sein wird, und wird fragen, ob deshalb unsere wirtschaftlichen Kräfte und Handlungen nicht auch im Frieden einer etwas stärkeren Zusammenfassung bedürfen werden, als sie vor dem August 1914 bestand.

Um auf alle derartigen Fragen eine richtige Antwort zu geben, haben wir uns kurz zu vergegenwärtigen wie sich die volkswirtschaftliche Verfassung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von 1870 bis 1914 entwickelt hat und wie von 1914 bis 1916 der große Weltkrieg in die Zustände von 1900 bis 1914 eingriff.

Die beiden Reiche haben in ähnlicher Weise sich in den letzten 40 bis 50 Jahren politisch, sozial, wirtschaftlich modernisiert. Ungarn nähert sich einer parlamentarischen Regierung. Oesterreich, Deutschland, Preußen, die anderen deutschen Staaten haben im ganzen noch eine monarchisch-konstitutionelle Beamtenregierung. In Ungarn überwiegt der Einfluß eines agrarischen Adels, so daß man mannigfach behauptet, der Staat sei bei einer Art Klassenstaat angekommen; in Oesterreich und Deutschland ist davon nicht die Rede. Die Volkswirtschaft hat in ganz Mitteleuropa den Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat, in Deutschland zum stark exportierenden, vollzogen. In Deutschland wie in Oesterreich liegt das Rückgrat der Volkswirtschaft in einer staatlichen Zentralnotenbank, in überwiegenden Staatseisenbahnen, in noch erheblichen Staatsdomänen und staatlichen Bergwerken. Das Volk ist in Parlament und Selbstverwaltung, in seinen politischen Parteien, in seinen teilweise stark organisierten Klassen am politischen Leben beteiligt. Aber diese Klassen regieren weder in Oesterreich noch in Deutschland, wenn sie auch manchen unter den politischen Parteien ihren Stempel aufdrücken und dadurch die monarchische Regierung über den Parteien und Klassen erschweren.

Die rasch riesenhaft gewachsene Großindustrie ist in allerlei Vereinen und Kartellen organisiert, ihre Arbeiter in teilweise sozialistischen, starken Verbänden. Ein breiter agrarischer und gewerblicher Mittelstand ist aber noch viel mehr als in Westeuropa vorhanden, folgt teils politisch-beruflicher, teils kirchlicher Führung. Eine Klassenherrschaft der Aristokratie oder Bourgeoisie, wie sie der Sozialismus in Westeuropa 1840 bis 1860 sah und wie Marx sie als rasch kommend 1850 bis 1890 auch für Mitteleuropa annahm, hat in den deutsch sprechenden Ländern weder bis 1870 noch bis 1914 bestanden. Die deutsche und die österreichische Arbeiterschaft glaubte bis gegen 1900 an die Schlagworte von Marx, aber folgte doch mehr und mehr Gewerkschaftsführern, die darüber hinweg waren. Die philisterhaften Angstseelen sahen und glaubten das nicht. Alle Welt begriff es aber beim Kriegsausbruch. Die Sozialdemokraten stimmten für die Kriegskredite und eilten zu den Fahnen wie die feudalen Herren und die Unternehmer.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung war bis 1914 so glänzend gewesen, daß England, Frankreich, Rußland sich dadurch bedroht und beengt fühlten. Sie schlugen zu, was sie zehn bis zwanzig Jahre früher hätten tun müssen, wenn sie hätten Erfolg haben wollen.

Mit dem Kriegsausbruch war aber natürlich die wirtschaftliche Lage Zentraleuropas, vor allem Deutschlands, von dem ich nun hauptsächlich rede, eine sehr peinliche. Ein exportierender Industriestaat, dessen Gewerbe zu einem großen Teil auf einzuführende Rohstoffe und starken Export der Fertigwaren angewiesen waren, mußte sich plötzlich in einen geschlossenen Handelsstaat verwandeln; der deutsche Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und einigen kleinen neutralen Nachbarn änderte wenig an dieser plötzlichen Notwendigkeit, die ganze Volkswirtschaft umzugestalten, während sie zugleich in den Dienst der Heeresverwaltung gestellt werden mußte. Die ausgezeichnete Leitung der Volkswirtschaft, hauptsächlich des Bank- und Verkehrswesens,